



Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Evang. Landeskirche in Württemberg

## Arm trotz Arbeit

### Das Prekariat als Strukturmerkmal - Herausforderung zum Handeln

Die EKD Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ hat Armut als einen Skandal bezeichnet. Sie hat mit Recht darauf hingewiesen, dass Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung ein wesentlicher Faktor darstellt, der Armut verursacht.

Die Tatsache, dass es eine zunehmende Anzahl von Menschen gibt, die sich trotz Arbeit in prekären Lebenslagen befinden und an der Armutsgrenze leben, hat die Denkschrift nur peripher in den Blick genommen.

Als **prekär** gelten Arbeitsverhältnisse, wenn ihnen im Vergleich zum Normaljob etwas Wichtiges fehlt:

- Der Lohn kann die Existenz nicht sichern;
- die soziale Absicherung und die üblichen Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz oder Betriebsratswahlrecht sind eingeschränkt beziehungsweise gar nicht vorhanden;
- eine Integration in soziale Netze der Arbeitswelt ist unmöglich.

Insgesamt dürften über **fünf Millionen Menschen** - rund 15 Prozent der Beschäftigten - betroffen sein.

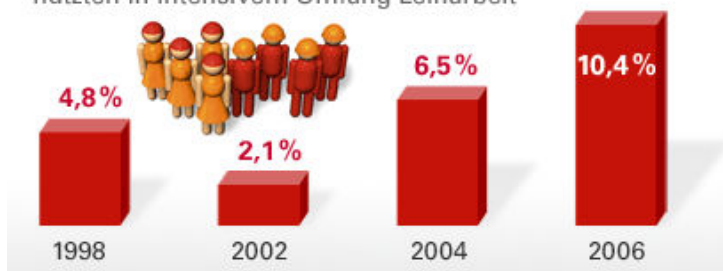
Nährboden für das so genannte Prekariat ist die Zunahme von Arbeitsverhältnissen, die nicht dem traditionellen Standard entsprechen:

Prekäre Beschäftigung ist demnach kein Randphänomen mehr.

- Rund 2,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in Befristungen.
- Fast 5 Millionen verdienen ihr Geld mit Minijobs.
- 650.000 sind Leiharbeiter.

#### Leiharbeit: Intensivnutzung nimmt zu

Von allen Entleihbetrieben ab 150 Beschäftigten nutzten in intensivem Umfang Leiharbeit



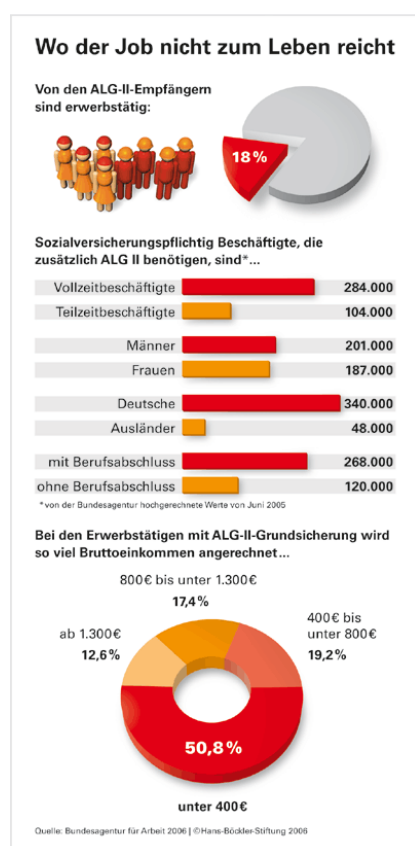
Die Europäische Union zieht die "Lohnarmutsgrenze" bei 50 Prozent des durchschnittlichen Vollzeit Einkommens eines Landes. Danach beziehen insgesamt etwa

- 3,4 Millionen Beschäftigte in Deutschland Armutslöhne..
- 43,1 Prozent der armen Erwerbstätigen üben ein "Normalarbeitsverhältnis" aus - arbeiten also mindestens 30 Stunden in der Woche.
- Rund 10 Prozent der Erwerbstätigen hätten zwar ein eigenes Einkommen, das über der Armutsgrenze läge, wenn sie allein wären; sie müssten aber weitere Familienmitglieder mitversorgen - die oftmals selber arbeitslos sind.

Getrennt für das unterschiedliche Lohnniveau von West- und Ostdeutschland berechnet, kommt das WSI auf 12,1 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Westen und 9,5 Prozent im Osten, die so genannte Armutslöhne beziehen - insgesamt etwa 3,4 Millionen Beschäftigte..

12 Prozent der Leiharbeiter erhalten ein so niedriges Gehalt, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen.

Insgesamt nehmen rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergänzende Leistungen aus Hartz IV in Anspruch, um über die Runden zu kommen. Rund 50 Prozent davon sind Vollzeitbeschäftigte.



Rasant angestiegen ist auch die Zahl der Minijobber. 6,9 Millionen Personen sind geringfügig beschäftigt, davon 4,9 Millionen ausschließlich in Minijobs.

Das sind 18 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Die geringfügige Beschäftigung dominiert im Dienstleistungssektor.

In einzelnen Branchen sind 50 Prozent der Beschäftigten Minijobber/innen.

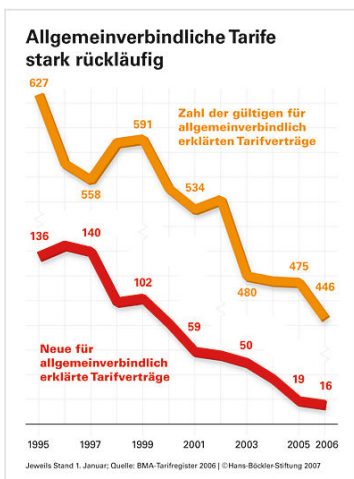
In diesen Branchen sind die Beschäftigten überdurchschnittlich auf Hartz IV verwiesen. Die große Mehrheit der Minijobber dabei sind Frauen.

Die Konsequenzen sind: Keine eigenständige Existenzsicherung und eigene soziale Sicherung, Verlust der beruflichen Qualifikation und Abhängigkeit, von einem Partner oder vom Staat. Und das nicht erst im Falle vor Arbeitslosigkeit, Pflege oder Rente.

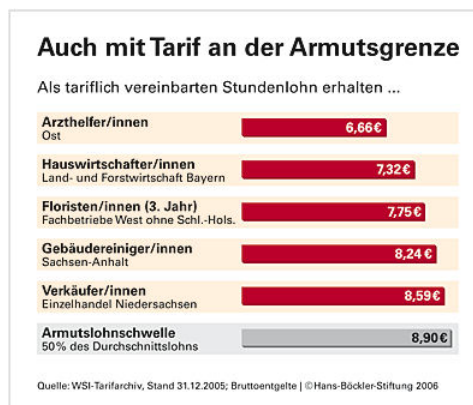
Junge Menschen werden häufig als Praktikanten oder Scheinpraktikanten beschäftigt werden. Das gleiche gilt für Arbeitslose, die von den ARGEn zu kostenlosen Praktika gezwungen werden.

Weitere 600.000 - auch das soll hier nicht unerwähnt bleiben - arbeiten als Ein-Euro-Jobber. Also für Arbeitslosengeld II plus eine geringe Aufwandsentschädigung. Darüber hinaus gibt es offene und verdeckte Unterbeschäftigung als Arbeitslosigkeit oder auch als unfreiwillige Teilzeitarbeit.

Weitere Indizien, die auf eine Prekarisierung von Arbeit und damit auf die Tendenz zu mehr Armut trotz Arbeit hinweisen, sind zum einen



- der Rückgang im Blick auf die Tarifbindung. D.h. sie wird umgangen bzw. außer Kraft gesetzt, und zwar in einem erstaunlichen Mass.
- Darüber hinaus steigt auch der Anteil tariflicher Lohnvereinbarungen, die eine armutsfeste Existenz nicht mehr garantieren. (s.u.)



### Zusammenfassend

All die unsicheren, prekären Formen der Beschäftigung haben einerseits zweifellos den Arbeitsmarkt flexibilisiert, andererseits haben sie die Gefahr der Verarmung trotz Arbeit entscheidend verschärft.

Damit muss die Annahme, dass Armut ursächlich ausschließlich durch Arbeitslosigkeit bedingt ist, deutlich korrigiert werden.

Nicht nur Armut, sondern erst recht Armut trotz Arbeit ist ein Skandal.

### Langzeitfolge Altersarmut :

Die OECD warnt vor den langfristigen Folgen einer steigenden Zahl von altersarmen Menschen, die auf Grund unsteter Beschäftigung und geringster Entlohnung nach ihrer Erwerbsfähigkeit in Altersarmut enden.

In keinem anderen Industrieland erhalten Geringverdiener eine - gemessen am vorherigen Einkommen - so geringe Rente wie in Deutschland, analysiert die OECD.

Der Grund:

Die Rente ist linear an die Einkommen gekoppelt; auch die Rentenkürzungen wurden linear vorgenommen. In den meisten anderen OECD-Ländern hingegen sind die Einschnitte bei besser Verdienenden größer als bei Niedrigverdienern. "Dies hat zur Folge, dass für Geringverdiener der Abstand zwischen den Leistungen in Deutschland und dem OECD-Schnitt besonders groß ist", sagt Monika Queisser, Rentenexpertin bei der OECD.

### Schlussfolgerung :

Diakonie und Kirche können angesichts einer derartigen Entwicklung ihr Engagement nicht allein auf die Linderung von Armut und die notdürftige Behebung prekärer Lebenslagen begrenzen.

Die beschriebenen sozialen Verwerfungen haben strukturelle und damit auch wirtschaftspolitische und verteilungspolitische Ursachen.

Es bestätigt sich : Teilhabe-, Befähigungs- und Verteilungsgerechtigkeit bedingen sich gegenseitig (vgl. hierzu Bischof Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzende der EKD in seinem Vorwort zur Denkschrift „Gerechte Teilhabe“). Das anwaltschaftlich politische Handeln von Kirche und Diakonie ist geboten.

Arm trotz Arbeit verhindert die Chance zur Teilhabe. Die Festlegung einer Lohnuntergrenze durch einen Mindestlohn ist geboten, damit arbeitende Menschen in ihrer Würde geachtet bleiben, Teilhabe ermöglicht wird und ein Dumpingwettbewerb aufgehalten wird.

*Jens Junginger*

*Wirtschafts- und Sozialpfarrer*

*KDA, Fachdienst der Landeskirche an der Evangelischen Akademie Bad Boll*